Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 23 352
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Förster (FDP)

vom 05. Mai 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Mai 2020)

zum Thema:
Linksextreme Mieterbündnisse und Bürgerinitiativen

und **Antwort** vom 15. Mai 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Mai 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Stefan Förster (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23 352
vom 05. Mai 2020
über Linksextreme Mieterbündnisse und Bürgerinitiativen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Unterwanderung oder gezielte Etablierung von Bürgerinitiativen, Mieterinitiativen oder ähnlichen Organisationsformen aus dem linksextremen Spektrum? (Bitte um Nennung der entsprechenden Initiativen, die etwa durch den Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden und deren Zielen.)

2. Wie treten diese Gruppierungen bisher in Erscheinung und welche Zielsetzungen verfolgen sie?

3. Welche Gegenmaßnahmen werden hier ergriffen?

Zu 1. bis 3.:
Wie den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten zu entnehmen ist, entwickelte sich das Thema Gentrifizierung in den letzten Jahren aufgrund von steigenden Miet- und Immobilienpreisen, Wohnraumknappheit sowie Verdrängungsprozessen zum bedeutendsten Themenfeld der linksextremistischen Szene Berlins. Insbesondere postautonome Gruppierungen versuchen, an bürgerlichen Protesten gegen steigende Mieten zu partizipieren. Dabei verfolgen sie u. a. das Ziel, legitimen Protest so umzuformen, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung im Ganzen oder in wesentlichen Teilen in Frage gestellt wird. Die Beteiligung an Demonstrationen oder Kampagnen ist eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Nicht auszuschließen ist, dass sich Linksextremisten auch gezielt in Mieter- und Stadtteilinitiativen engagieren, um ihre politischen Deutungsmuster zu platzieren. Linksextremisten wären in solchen Fällen darauf bedacht, nicht öffentlich in Erscheinung zu treten, um die breite Anschlussfähigkeit der Protestthemen nicht zu gefährden.
Die wesentliche linksextremistische Organisation, die sich im Themenfeld „Mieten“ engagiert, ist die postautonome „Interventionistische Linke“. Als weiteres Beispiel für die dargestellte Vorgehensweise ist, hier im Themenfeld Klimawandel, die Berliner Ortsgruppe des Bündnisses „Ende Gelände“. Diese Versuche der unterschwelligen Einflussnahme durch Linksextremisten wird auch im Verfassungsschutzbericht 2019 (S. 159 bis 164) dargestellt.

4. Sind zu den unter 1. genannten Initiativen auch Organisationsformen aus dem rechtsextremen Spektrum bekannt? Wenn ja, welche und wie sind deren Zielsetzungen?

Zu 4.:
Im Sinne der Fragestellung liegen dem Senat keine Erkenntnisse über gezielt von Rechtsextremisten etablierte oder unterwanderte Bürgerinitiativen vor.

Berlin, den 15. Mai 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport